



IB-Kongress und  
Mitgliederversammlung 2023:

**Mit Solidarität,  
gesellschaftlicher  
Teilhabe und Bildung  
nachhaltig Zukunft  
sichern**



**Ob gesellschaftlicher Zusammenhalt, Klimawandel oder die soziale und ökonomische Transformation: Aktuell gibt es viele große Themen, mit denen sich Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auseinandersetzen müssen. Der Internationale Bund (IB) verfolgt diese Themen nicht nur, sondern gestaltet sie auch aktiv mit. Auch als parteipolitisch neutraler Verband setzt er sich immer wieder ein – zum Beispiel für Demokratie und politische sowie gesellschaftliche Partizipation.**

Im Mai 2023 ging es beim **IB-Kongress** zum Beispiel darum, den gesellschaftlichen Wandel gemeinsam zu gestalten. Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbands VdK, sprach über die soziale Spaltung und die Notwendigkeit, die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe zu verbessern.

Prof. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), befasste sich in seinem Vortrag mit der sozial-ökologischen Transformation und hob die Bedeutung der Solidarität hervor.

Bei der **Mitgliederversammlung** stand im Juni 2023 die Bedeutung von Bildung für eine nachhaltige Zukunft im Fokus. In seiner Rede „Nachhaltig in die Zukunft“ betonte Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung, den Zusammenhang zwischen politischer Bildung und Nachhaltigkeit angesichts globaler Krisen wie Klimawandel und geopolitischer Konflikte.

## IB-Kongress 2023:

# „Menschen erreichen – Zusammenhalt stärken“

## Gemeinsam den gesellschaftlichen Wandel gestalten

**In abwechslungsreichen, digitalen Formaten boten Experten\*Expertinnen beim zweiten IB-Kongress im Mai 2023 spannende Einblicke in Wissenschaft und Praxis rund um das Thema des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Es ging um die unterschiedlichen Facetten der Bildung und ihre Rolle in diesem Kontext, ebenso wie um Zivilcourage, Solidarität am Arbeitsmarkt und (digitale) Teilhabe.**

Die rund 500 Teilnehmer\*innen beschäftigten sich mit inklusiver Sprache, erkannten, dass Verschwörungsmythen eine reale Gefahr für den demokratischen Gemeinschaftsinn darstellen, und erfuhren, welche Herausforderungen die internationale Staatengemeinschaft in Kriegs- und Krisenzeiten meistern muss. Dank der aktiven Einbindung des Fachpublikums wurde der digitale IB-Kongress, der unter dem Leitsatz „Menschen erreichen – Zusammenhalt stärken“ stand, wiederholt zu einer sehr lebendigen und anregenden Veranstaltung.

## Verena Bentele plädiert dafür, die Teilhabemöglichkeiten in unserer Gesellschaft zu verbessern und Barrieren abzubauen.

Die Teilnehmer\*innen freuten sich nicht zuletzt über prominente Referenten\*Referentinnen: So hielt beispielsweise Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbands VdK, die Keynote und ging der Frage nach, wie man die soziale Spaltung angesichts von Armut und ungleicher Vermögensverteilung in Deutschland stoppen kann. Benteles Antworten waren genauso vielschichtig wie die verschiedenen Gruppen der Armutsbetroffenen in Deutschland, aktuell seien aber vorrangig Kinder, Jugendliche und ältere Menschen armutsgefährdet. So empfahl Bentele, insbesondere für diese Gruppen die Teilhabemöglichkeiten zu verbessern und gleichermaßen Barrieren abzubauen, damit entsprechende Unterstützungs- und Förderangebote leichter in Anspruch

genommen werden können. Die Hürden für die Antragstellung seien für Familien und Senioren\*Seniorinnen oftmals zu hoch, sodass ein Drittel derjenigen, die Anspruch auf Unterstützung hätten, ihn gar nicht erst einforderten. Daher plädierte Bentele für systemische Beschlüsse und Stellschrauben, um den sozialen Zusammenhalt finanziell gestalten zu können. Die Informationen zu den Unterstützungsangeboten müssten allgemein verständlicher aufbereitet und einfacher zugänglich gemacht werden, die Mittel selbst leichter abrufbar sein. Zudem sprach sich Bentele für grundlegende Änderungen in unserem Lernsystem aus.

Der IB hat sich als einer der großen Akteure im Bildungssektor immer wieder damit auseinandergesetzt, was unser Bildungssystem angesichts der gesellschaftlichen und globalen Entwicklungen benötigt. In einem iterativen Prozess wurden immer wieder neue Ansätze entwickelt, wie die Strukturen und Angebote angepasst werden müssen, um eine adäquate Bildungsarbeit anbieten und fortwährend gewährleisten zu können. Zuletzt hat sich der IB 2021 dazu mit einer umfassenden Kampagne positioniert und sein Bildungsverständnis an die aktuellen Gegebenheiten angepasst. Das grundlegende Leitbild des IB bleibt dabei nach



Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbands VdK

wie vor Ausgangspunkt: Allen Menschen sollten unabhängig von Alter, Geschlecht, ihrer Biografie oder anderen individuellen Parametern dieselben Möglichkeiten der (gesellschaftlichen) Teilhabe offenstehen. Doch was unseren Wunsch oft von der Wahrheit trennt: Teilhabe setzt wiederum Wissen, vielfältige Kompetenzen und ein gewisses Mindset voraus – Faktoren also, die maßgeblich von den Bildungschancen abhängen. Inzwischen wissen wir leider nur zu genau, dass diese in unserem Land ungleich verteilt sind und maßgeblich von der eigenen Biografie, der der Eltern und den finanziellen Mitteln abhängen. Daher kämpft der IB mit großem Engagement dafür, unser Bildungssystem gerechter und chancenreicher zu gestalten, indem etwa die Durchlässigkeit verschiedener Bildungswege und -bereiche im Gesamtsystem gestärkt wird. Dazu braucht es neben der Verzahnung auch eine enge Kooperation. Wenn Bildung nachhaltige Zukunftssicherung bleiben soll, muss sie sich selbst in ihren Angeboten flexibler und diverser ausrichten. Denn in der Aktualisierung unseres Bildungsverständnisses hat sich auch gezeigt, dass es auf die Vielfältigkeit in der Bildung und auf eine Diversität in den Lern- und Lebenssettings ankommt und dass insbesondere auch der informellen und nonformalen Bildung genügend Raum gewährt werden muss. Erst dann können die individuellen Kompetenzen, die für eine gesellschaftliche Teilhabe notwendig sind, adäquat gefördert werden – all die Schlüsselkompetenzen und Soft Skills, die wir heute brauchen: Fach-, Sozial-, Methoden- und Selbstkompetenzen, Selbstwirksamkeit, Reflexionsvermögen sowie interkulturelle Kompetenzen. Um das ganze Spektrum aktivieren zu können, bedarf es einer (ebenso) breit angelegten Methodik und vielfältiger didaktischer Settings. Bildung lässt sich nicht auf einen einzelnen Bereich reduzieren, sondern findet überall statt: in der Schule, im Beruf, aber auch in den Vereinen, den Freizeittreffs und in der Zeit, die wir mit Familie und Freunden verbringen.

Diese Auffassung vertritt auch Verena Bentele: Der Ausbau von außerschulischen Lernorten könne nachhaltig zur besseren Integration beitragen. Es mache uns als Gesellschaft stärker, wenn wir in unsere Kinder und Jugendlichen investieren – das heißt auch in die Bildungsmaßnahmen und Angebote der Sozialen Arbeit. Dazu brauche es in Deutschland insgesamt einen Perspektivwechsel, der die Diversität unseres Landes mehr zu schätzen weiß und konstruktiv nach vorn schaut. Wir dürften uns nicht darauf fokussieren, was alles schlecht läuft, sondern müssten stärker darauf schauen, wie wir etwas anpacken und verändern können, so Bentele abschließend.

Neben der Keynote von Verena Bentele war der Impulsvortrag von Prof. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), ein besonderes Highlight der Veranstaltung. In seiner „Ode an die Solidarität“ beleuchtete Fratzscher die Bedeutung der sozial-öko-



Prof. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)

logischen Transformation für den IB. Dabei wurde deutlich: Die Veränderungen, die der gesellschaftliche Wandel mit sich bringen wird, erfordern von uns allen erhebliche Anpassungen. Fratzscher sieht vor allem drei Transformationsprozesse, die uns maßgeblich beschäftigen werden: die ökonomische, die technologische und in besonderem Maße die soziale Transformation. Die ersten beiden Transformationsprozesse betreffen uns alle bereits jetzt in puncto Mobilität und auch in der Arbeitswelt. Hier seien auch künftig erhebliche Veränderungen zu erwarten, so Fratzschers Prognose. Seine Empfehlung: Wir müssten uns von starken wirtschaftlichen Abhängigkeiten befreien, um resilient und ein Stück weit autonomer als bisher künftige Krisen meistern zu können. Technologische Entwicklungen wie die Digitalisierung und auch industrielle Entwicklungen im Bereich des Klimaschutzes werden den Arbeitsmarkt nachhaltig umwälzen, nimmt der DIW-Präsident weiter an. Für unsere Gesellschaft sei dabei außerordentlich relevant, dass die dritte, nämlich die soziale Transformation, erfolgreich sei. Das sei dann der Fall, wenn es gelänge, alle Menschen mitzunehmen. Dann würden die erforderlichen Anpassungsleistungen und Veränderungen nicht (nur) als Bedrohung, sondern als Chance erkannt und wir könnten die sozial-ökologische Transformation aktiv mitgestalten, statt nur zu reagieren.

**Der gesellschaftliche Wandel fordert laut Marcel Fratzscher erhebliche Anpassungen von uns allen. Für unsere Gesellschaft sei es dabei außerordentlich relevant, dass die soziale Transformation gelingt.**

Für eine solche Entwicklung spiele die Solidarität eine herausragende Rolle und unterstreiche die hohe Bedeutung der Arbeit des IB als zivilgesellschaftlicher Akteur. Mit seinen Angeboten und Maßnahmen biete der IB vor allem auch den schwächsten und verletzlichsten Mitgliedern unserer Gesellschaft Unterstützung und Hilfe. Genau dies sei ein wesentliches Element der Solidarität, die wir im Transformationsprozess insgesamt so dringend brauchen und die im gesellschaftlichen Zusammenhalt ihren Ausdruck findet. Dieser bedürfe aber wiederum einer individuellen Grundhaltung, die eigenen Interessen nicht primär über die der anderen zu stellen. Chancengerechtigkeit sei im Zuge dieser solidarischen Haltung und Rücksichtnahme ein entscheidender Baustein für den Schutz und die Unterstützung der verletzlichsten Mitglieder einer Gesellschaft – idealerweise mit einer langfristigen Perspektive. „Deutschland muss dringend mehr in die soziale Transformation investieren!“, sagte Fratzscher im Rahmen der sich anschließenden Podiumsdiskussion. Er sehe aber auch Grund zum Optimismus: Schließlich sei Deutschland ein starker Sozialstaat mit anpassungsfähigen Unternehmen und einer resilienten Wirtschaft. Außerdem zeigten viele Beispiele des zivilgesellschaftlichen Sektors die hohe Bereitschaft und Tatkraft, sich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu engagieren.



Petra Merkel, Präsidentin des IB

IB-Präsidentin Petra Merkel nahm diesen Gedanken auf und ergänzte Fratzschers Definition der Solidarität um die Demokratie als grundlegende Rahmenbedingung: „Solidarität geht ohne Demokratie nicht.“ Gleichmaßen sei Demokratie auch ein wichtiger Bildungsauftrag für den IB. Die Politische Bildung sei als Gestaltungsauftrag zu stärken. „Der IB ist gegründet worden, um genau das zu tun, worüber Sie eben auch berichtet haben, nämlich in einer ausweglosen Situation nach dem Krieg [...] musste etwas Neues entstehen. Und da hat sich der IB gegründet. Vor fast 75 Jahren. [...] Und wir stehen genau dafür, dass wir überall dort mit unterstützen und helfen, Menschen zu befähigen, ihr Leben allein

**Petra Merkel: „[...] Wir stehen genau dafür, dass wir überall dort mit unterstützen und helfen, Menschen zu befähigen, ihr Leben allein in die Hand zu nehmen [...]. Diese ganz konkreten Hilfen, die wir anbieten, sind ein großer Teil Unterstützung für die Gesellschaft.“**

in die Hand zu nehmen, in Bezug auf Ausbildung, in Bezug auf Lernen, in Bezug auf Weiterbildung. Dafür steht der IB mit vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Diese ganz konkreten Hilfen, die wir anbieten, sind ein großer Teil Unterstützung für die Gesellschaft.“ Damit fasste IB-Präsidentin Merkel treffend das Ergebnis des Kongresses zusammen: Nur durch Bildung, Teilhabe und Zivilcourage kann eine Gesellschaft solidarisch und zukunftsfähig bleiben. Und der IB trägt nun seit 75 Jahren einen erheblichen Teil dazu bei, dieses Ziel zu verwirklichen.

Die Erkenntnisse und Ergebnisse aus dem zweiten IB-Kongress mündeten in einen Antrag an die IB-Mitgliederversammlung, der – vom zentralen Ressort Produkte und Programme initiiert – im Namen des Vorstands eingereicht und schließlich am 30. Juni von der Versammlung verabschiedet wurde. Der Antrag zielt auf die Implementierung nachhaltiger Maßnahmen und Angebote des IB, um mehr Solidarität, Bildung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche zu erreichen. Er enthält acht Handlungsempfehlungen zur konkreten Realisierung dieses Ziels, unter anderem die Fokussierung der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit des IB auf die Themen Solidarität, Bildung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, die Verankerung von Demokratiebildung als Querschnittsthema in den Geschäftsfeldern, verbunden mit dem politischen Einsatz zur Verstärkung wichtiger Programme. Weiter wurde empfohlen, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in allen Geschäfts- und Arbeitsfeldern des IB zu implementieren und Inklusion sowie den Aufbau und die Stärkung von (digitalen) Teilhabestrukturen für Kinder und Jugendliche grundsätzlich in den Angeboten des IB aktiv zu fördern. Darüber hinaus soll die Förderung und Umsetzung von neuen Formen der Arbeitsmarktintegration in den Geschäftsfeldern der Bildung genauso gestärkt werden wie das freiwillige Engagement über die Freiwilligendienste. Die IB-Mitgliederversammlung nahm die Ergebnisse des IB-Kongresses 2023 und die entsprechenden Handlungsempfehlungen des Vorstands positiv zur Kenntnis und unterstützte ihn bei der Verankerung in allen Prozessen des IB. Damit schafft der IB beste Voraussetzungen, um den gesellschaftlichen Wandel auch in den nächsten 75 Jahren konstruktiv zu begleiten, Menschen zu erreichen und den Zusammenhalt zu stärken.

**Christiane Nitze**



# Mit Bildung nachhaltig Zukunft sichern

## bpb-Präsident Thomas Krüger auf der Mitgliederversammlung 2023

Seit seiner Gründung im Jahr 1949 setzt sich der Internationale Bund (IB) als zivilgesellschaftlicher Akteur für Menschen in schwierigen Lebenslagen ein und positioniert sich entschieden gegen Diskriminierung und Rassismus. Der IB steht für demokratische Werte und Vielfalt ein, ganz im Sinne des Leitsatzes „Menschsein stärken“. Dabei ist sein unternehmerisches Handeln stets der Nachhaltigkeit verpflichtet. Nachhaltigkeit meint hier ein Leitbild für die zukunftsfähige Entwicklung der Menschheit. Wir richten unser Handeln, das heißt unsere Angebote, Maßnahmen und Programme einerseits, aber auch unsere Lobbyarbeit und unser zivilgesellschaftliches Engagement andererseits, danach aus, dass auch künftige Generationen die gleichen Chancen auf ein gutes Leben haben wie wir heute. Nachhaltigkeit wird häufig mit Umwelt- und Klimaschutz gleichgesetzt, geht aber als allgemeiner Handlungsgrundsatz weit darüber hinaus. Das Thema Nachhaltigkeit ist beim IB in allen Handlungsfeldern präsent.



Betonte den direkten Zusammenhang zwischen politischer Bildung und Nachhaltigkeit: Gastredner Thomas Krüger

**Miteinander in Kontakt bleiben, sprechen und diskutieren. Kontroversen aushalten und Konflikte konstruktiv austragen – nur so können wir den Herausforderungen, die den gegenwärtigen Paradigmenwechsel begleiten, begegnen. So Thomas Krüger.**

Unter dem Zeichen der Nachhaltigkeit stand auch die IB-Mitgliederversammlung am 30. Juni 2023 in Berlin. Knapp 200 Mitglieder freuten sich über die Rede „Nachhaltig in die Zukunft“ von Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb). Krüger sprach über den direkten Zusammenhang zwischen politischer Bildung und Nachhaltigkeit. Sein Statement: Wir müssen mit Mut, Neugier und Optimismus den neuen Herausforderungen begegnen. Dies sei angesichts der anhaltenden Krisen oftmals leichter gesagt als getan. Ohne die Möglichkeit, die Geschehnisse aufzuarbeiten und im Nachhinein zu begreifen, folge eine Krise auf die nächste: die Finanzkrise, die Flüchtlingskrise, die Krise des Brexits, die Covid-19-Krise. Und nun habe sich aus einer Krise der Krieg Russlands gegen die Ukraine entwickelt. Im Zuge der fortwährenden Krisen habe sich schließlich ein Paradigmenwechsel abgezeichnet, und zwar auf vielerlei Ebenen: Die Demokratie als tragfähige Gesellschafts- und Lebensform werde infrage gestellt, die Art und Weise unseres Arbeitens und Wirtschaftens verändere sich massiv. Das aufgeweichte Verständnis von Kategorien wie Fakt, Fiktion und Wissen biete viel Spielraum für Polarisierung – exemplarisch zu beobachten am Beispiel der Klimafrage.

Die Diskussion rund um den Klimaschutz, die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen und artverwandte Inhalte zeigten die emotionale Aufgeladenheit und eröffneten unterschiedliche Kontroversen. Diese gelte es aber auszuhalten, so Krüger. Schließlich spiele hier die soziale Frage eine wichtige Rolle: Während vorwiegend sozial benachteiligte Menschen betroffen seien und nicht die erforderlichen Mittel hätten, um die relevanten Klimaschutzmaßnahmen zu realisieren,

seien vor allem wohlhabende Personen und die Industrie für einen Großteil der Emissionen verantwortlich. „Die Metapher ‚Wir sitzen alle im selben Boot‘ in Bezug auf den Klimawandel passt nicht, denn Betroffenheit ist extrem ungleich verteilt.“

Thomas Krüger beleuchtete die Debatte wieder vor dem Hintergrund des Paradigmenwechsels: Transformation sei keine isolierte Entwicklung, sondern ein Prozess, in dem sich die Gesellschaft seit Jahrzehnten befinde. Genau deswegen gebe es auch so viel Widerstand gegen diesen Prozess, etwa im Osten Deutschlands. Der sei besonders intensiv von diesem Transformationsprozess betroffen und habe die Konsequenzen schon seit langer Zeit vorrangig zu schultern – etwa durch den Abbau der Kohlekraftwerke. Menschen, die schon einiges verloren haben, treffe die aktuelle (Weiter-)Entwicklung der Transformation dadurch am härtesten.

Was leitet Krüger aus dieser Erkenntnis ab? Den Herausforderungen, die den gegenwärtigen Paradigmenwechsel begleiten – hier am Beispiel der Konflikte rund um den Klimaschutz – könne man nur begegnen, indem man in Kontakt miteinander bleibe: sprechen, diskutieren, Kontroversen aushalten, Konflikte konstruktiv austragen. Und vor allem aktiv werden. Krüger plädiert dafür, Politiker\*innen in diesen Prozess gezielt mit einzubeziehen und zu aktivieren.

**Wir müssen den Krisen und Herausforderungen, die mit dem Wandel einhergehen, aktiv und zukunftsgerecht begegnen, indem wir uns gemeinsam damit auseinandersetzen.**



Der Vorstand des IB: Thiemo Fojkar, Vorstandsvorsitzender, Karola Becker und Janine Krohe (von links nach rechts)



Stefanie Weber, Geschäftsführerin Produkte und Programme in der Zentralen Geschäftsführung, am Rednerpult

Der IB sollte als langjähriger und damit erfahrener Träger der Bildung und Sozialen Arbeit gezielt Abgeordnete ansprechen und aus der Praxis heraus Impulse geben – also genau das weiterverfolgen, was er in seiner Lobbyarbeit seit jeher tut, sowohl zentral auf Bundesebene als auch im Schulterschluss mit den Organisationseinheiten auf Landes- und kommunaler Ebene.

Streit, wenn er in konstruktiver Weise ausgetragen werde, sei eine gute Sache. Grundlegend gehe es darum, auf Kompromisse abzielen. In der aktuellen Situation sei das aber problematisch, denn „mit Natur kann man nicht verhandeln“. Die Klimakrise sei eine besonders drastische Situation, weil man sich eben nicht „auf der Mitte treffen“ könne. Ein weiteres Problem bestehe darin, die Betrachtung zu stark auf individuelle Beiträge zu verlagern. Einzelne Personen würden zu sehr an den Pranger gestellt, wenn



sie zum Beispiel Flugreisen antreten. Worüber müsste man aber eigentlich diskutieren? Krüger plädiert für die strukturellen Fragen. Und dies sei auch die Aufgabe der politischen Bildungsarbeit: sprechen, diskutieren, konstruktiv streiten. Auch offen für Neues sein: Chancen und Möglichkeiten zur Weiterentwicklung und zum Lernen zu erkennen und zu nutzen, seien wesentliche Voraussetzungen für einen erfolgreichen Transformationsprozess. Und das müsse sich auch im diskursiven Streit zeigen. Krüger erinnert an den Beutelsbacher Konsens, der Regeln für die pädagogische Praxis politischer Bildung formuliert. Demnach dürften Schüler\*innen nicht indoktriniert werden, sondern müssten stattdessen befähigt werden, in politischen Situationen ihre eigenen Interessen zu analysieren und zu vertreten. Zudem gelte es, im Unterricht kontroverse Positionen in Wissenschaft und Politik zu beachten. Was für die pädagogische Praxis gelte, gelte auch für den gesellschaftlichen Diskurs. Und hier müsse jeglichen diskursiven Verhärtungen vorgebeugt werden.

**Wenn tatsächlich alle Menschen zum politischen Handeln befähigt werden sollen, dann sollten die Herausforderungen der Gegenwart nicht nur innerhalb des eigenen nationalen Rahmens betrachtet werden, sondern in einem internationalen Zusammenhang.**

An dieser Stelle zeigt sich der Wechselbezug zwischen Nachhaltigkeit und politischer Bildung: Wenn unter Nachhaltigkeit wie oben definiert ein Leitbild für die zukunftsfähige, aber auch zukunftsweisende Entwicklung der Menschheit verstanden wird, dann ist politische Bildung, wenn sie nachhaltig angelegt ist, eine Bildung, die darauf abzielt, den



Sascha Horn, Zentrale Geschäftsführung, Ressort Produkte und Programme, Referatsleiter Jugend, Chancen, Demokratie, moderierte die Diskussion.

Wandel aufmerksam zu beobachten und konstruktiv zu begleiten. Konkret heißt das, miteinander darüber zu sprechen. Wir müssen den Krisen und Herausforderungen, die mit dem Wandel einhergehen, aktiv und zukunftsgerichtet begegnen, indem wir uns gemeinsam damit auseinandersetzen. Nur so kann ein nachhaltiges Fundament für einen zivilisierten demokratischen Diskurs geschaffen werden.

Genau das leistet die politische Bildung im IB: Die jüngsten Entwicklungen – zum Beispiel das Erstarken des Rechtsextremismus und Populismus, aufkeimende Verschwörungsideologien, zunehmende Politikverdrossenheit, die Abwendung von demokratischen, politischen und wissenschaftlichen Grundsätzen – werden sensibel beobachtet und in den Diskurs aufgenommen. Und sie werden, wie Krüger fordert, einem möglichst breiten Publikum zugänglich gemacht, um so die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung zu fördern. Politische Bildungsarbeit findet deshalb in allen Angeboten des IB statt, also auch als Querschnittsthema in der Sozialen Arbeit, in schulischer, außerschulischer und beruflicher Bildung sowie als eigenständiges Angebot in Form von Seminaren und Projekten. Dabei ist das Ziel, alle Menschen zum politischen Handeln zu befähigen.

Dazu müssen natürlich auch Raum und Möglichkeit geschaffen werden, um den zivilgesellschaftlichen Diskurs führen zu können, um gesellschaftliche Konflikte auszuhandeln und sich so im Streit zu üben. Mit zahlreichen Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themenkomplexen, wie etwa Demokratie, Partizipation, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, interkulturelles und interreligiöses Lernen, Extremismus- und Gewaltprävention, bietet der IB viele Möglichkeiten, um ins Gespräch zu kommen, Kontakte herzustellen und Sensibilität für das Gegenüber zu gewinnen – also verschiedene Gelegenheiten und Settings, um das Aushalten von Kontroversen und das Führen von Diskussionen zu üben.

Wenn wir die nachhaltige Ausrichtung politischer Bildung nun ernst nehmen und weiterdenken wollen, dann darf der Auftrag, Raum und Möglichkeit für den zivilgesellschaftlichen Diskurs zu schaffen, nicht an nationalen Grenzen haltmachen. Wenn tatsächlich alle Menschen zum politischen Handeln befähigt werden sollen, dann sollten die Herausforderungen der Gegenwart nicht nur innerhalb des eigenen nationalen Rahmens betrachtet, sondern im Idealfall in einen systemischen Kontext gebettet werden, also in einen internationalen Zusammenhang. Nur so können die globalen Probleme lösungsorientiert angegangen werden. Es müssen also auch auf europäischer Ebene Räume und Möglichkeiten geschaffen werden für Begegnungen, die eine Auseinandersetzung mit den eigenen, aber auch mit anderen Sichtweisen, Prägungen und Hintergründen eröffnen und fördern. Der IB leistet hier mit seinen Projekten und Aktivitäten der Internationalen Arbeit in mehr als 60 Ländern einen wichtigen Beitrag. Gleichwohl braucht es mehr für den Ausbau systemischer Strukturen, um den bereits beschriebenen Krisen wie Populismus und Rechtsextremismus sowie der Kultur der Intoleranz entgegenzutreten.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen erscheinen die ursprünglich geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt umso unverständlicher. Anfang Juli hatte das Bundeskabinett den Haushaltsentwurf 2024 verabschiedet. Aufgrund des auferlegten Sparhaushalts enthielt der Entwurf eklatante Kürzungen, die sich auf unsere Gesellschaft und die Arbeit des IB gravierend ausgewirkt hätten. Diese hätten insbesondere die großen Bundesprogramme Respekt Coaches, Jugendmigrationsdienste und Freiwilligendienste in Verantwortung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) betroffen. Zudem wäre auch die Infrastrukturförderung freier, bundesweit tätiger Träger der Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen des Kinder- und Jugendplans (KJP) bedroht gewesen. Der IB nahm hier seine Aufgabe als zivilgesellschaftlicher Akteur wahr und kämpfte mit vollem Engagement und allen zur Verfügung stehenden



IB-Präsidentin Petra Merkel am Rednerpult



Richard Schottendorf, Zentrale Geschäftsführung, Geschäftsführer Internationales, und ...



... Jana Rickhoff, Geschäftsführerin IB Mitte gGmbH

Mitteln auf Bundes- und Landesebene darum, dass dieser Entwurf revidiert wird. Neben zentralen Lobbyaktivitäten, wie diversen Pressemitteilungen, Social-Media-Aktionen, einem Aufruf an die Abgeordneten des Bundestags zum Erhalt des Programms Respekt Coaches und dem aktiven Engagement bei Demonstrationen in Berlin und Frankfurt am Main, beteiligte sich der IB auch an der Anhörung zu den Freiwilligendiensten im Petitionsausschuss. Darüber hinaus suchte der IB den intensiven Austausch mit den Abgeordneten des Deutschen Bundestags, insbesondere in den Organisationseinheiten, also den Wahlkreisen der Abgeordneten. Er versuchte diese – ganz im Sinne Thomas Krügers – zu aktivieren, um die geplanten Kürzungen so gut es geht abzuwenden. Wie wir heute wissen, mit großem Erfolg! Die Kürzungen wurden anteilig oder gänzlich zurückgenommen, in vielen Bereichen gab es sogar Aufstockungen. Unser gemeinsamer und engagierter Protest auf allen Ebenen mit überzeugender Argumentation hat Wirkung gezeigt. Der IB hat dieses wichtige Thema sichtbar gemacht und Politik und Öffentlichkeit dafür sensibilisiert. Die Lobbyarbeit setzen wir daher weiterhin mit geeinten Kräften fort.

So ruft der IB 2024 dazu auf, ein Jahr der Demokratie zu gestalten. Angesichts des zunehmenden Erstarkens der AfD und wegen antisemitischer und rassistischer Vorfälle in Deutschland ist es von entscheidender Bedeutung, die Werte und Prinzipien des IB klar zu kommunizieren und den antidemokratischen Entwicklungen entschlossen entgegenzutreten. Mit vielen Veranstaltungen, Aktionen und Publikationen werden wir 2024 daher die Freiheit, die Mitbestimmung und die Vielfalt feiern.

Christiane Nitze

### **Internationaler Bund (IB)**

Sitz: Frankfurt am Main  
Vereinsregister Nr. 5259  
Herausgeber: Thiemo Fojkar,  
Vorsitzender des Vorstands

Unternehmenskommunikation  
Leitung: Dirk Altbürger  
Redaktion: Angelika Bieck,  
Texte: Christiane Nitze  
Gestaltung: Claudia Ochsenbauer

Valentin-Senger-Str. 5  
60389 Frankfurt am Main  
Tel. 069 94545-0  
info@ib.de

### **Repräsentanz der Zentralen Geschäftsführung des IB:**

Hannoversche Straße 19 a  
10115 Berlin  
Tel. 030 214096-0

-  [facebook.com/InternationalerBund](https://facebook.com/InternationalerBund)
-  [instagram.com/internationalerbund](https://instagram.com/internationalerbund)
-  [linkedin.com/company/internationalerbund](https://linkedin.com/company/internationalerbund)
-  [twitter.com/IntBund](https://twitter.com/IntBund)
-  [ib.de](https://ib.de)